

Nr. 38 **Allgemeines Rundschreiben Straßenbau
2/1976**
Sachgebiet 15: Rechtswesen und Gesetzgebung

Bonn, den 2. Januar 1976
StB 2/78.08

An die obersten Straßenbaubehörden der Länder

n a c h r i c h t l i c h :

An die
Bundesvereinigung der
Kommunalen Spitzenverbände

5 Köln 51

Lindenallee 13—17

Betr.: Verordnung zur Änderung der Verordnung über
Kreuzungsanlagen im Zuge von Bundesfernstraßen
— FStrKrV —

Anlg.: 3 Bildbeispiele

Die Verordnung zur Änderung der Verordnung über Kreuzungsanlagen im Zuge von Bundesfernstraßen — FStrKrV — vom 2. Dezember 1975 (BGBl. I S. 2984) tritt am 1. Januar 1976 in Kraft. Die Bundesfernstraßenkreuzungsverordnung vom 26. Juni 1957 (BGBl. I S. 659) wurde durch sie in den §§ 1 (höhengleiche Kreuzungen) und 3 (sonstige Teile der Kreuzungsanlage) insgesamt und bei § 2 (Über- und Unterführungen) in Absatz 1 Nr. 3 und Absatz 3 zum Teil geändert; § 7 (Nichtgeltung im Saarland) ist entfallen. Ab 1. Januar 1976 gilt der Verordnungstext in der aus der Anlage zur Verordnung (BGBl. I S. 2985) ersichtlichen Fassung.

Die FStrKrV regelt lediglich den Bereich der Unterhaltung an Kreuzungen. Die Grenzen des Eigentums, der Zuständigkeit für Räumen und Streuen und der Straßenbaulast im übrigen werden durch die Verordnung nicht geändert und nicht geregelt. Die anliegenden Bilder 1 bis 3, die mit den obersten Straßenbaubehörden der Länder erarbeitet wurden, können als Hilfsmittel zur Anwendung der FStrKrV herangezogen werden.

Der Bundesminister für Verkehr

Im Auftrag
S c h r o e t e r

Bild 2

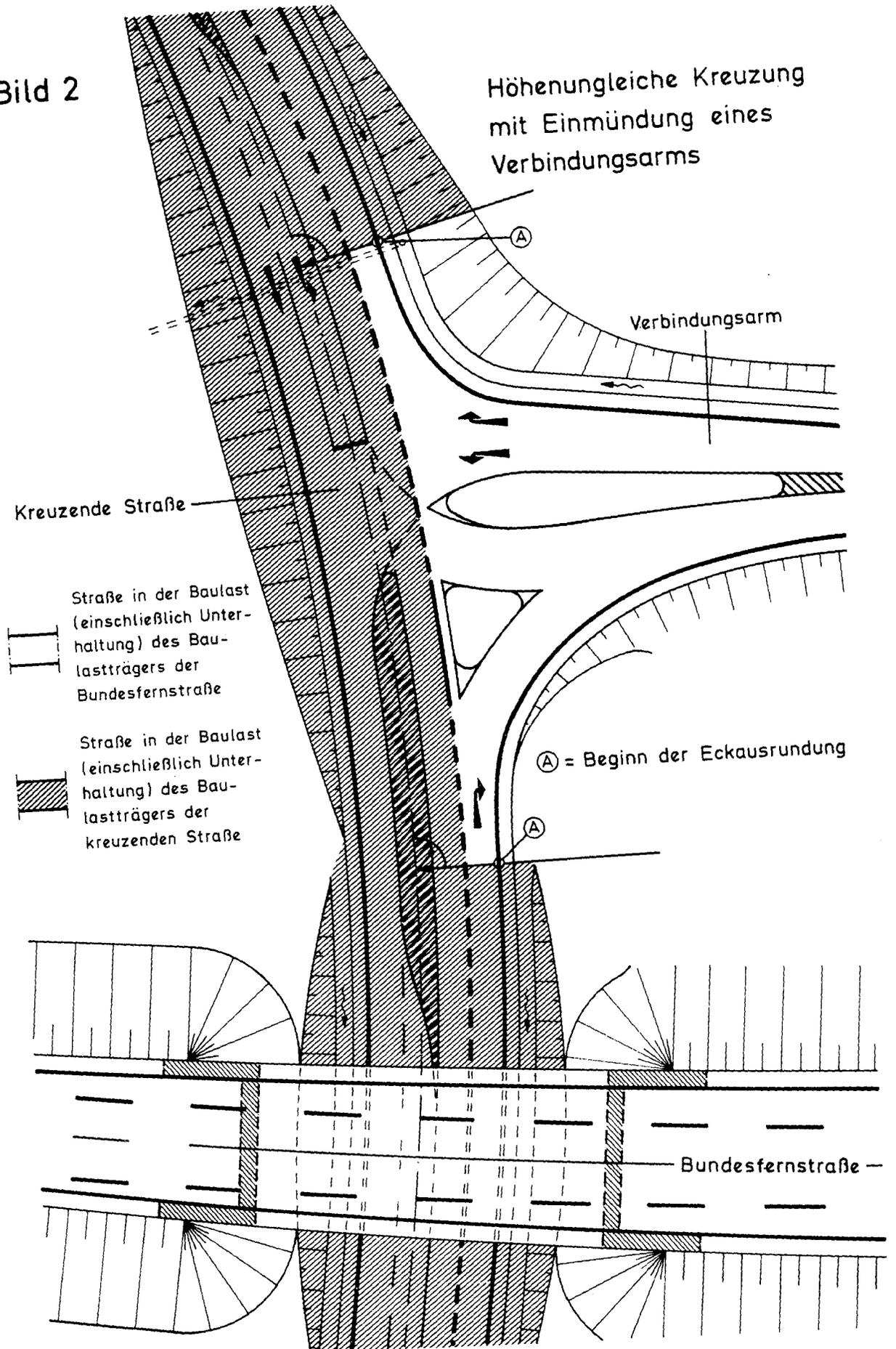


Bild 3

Höhenungleiche Einmündung

